



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Helmut Radlmeier, Berthold Rüth, Klaus Stöttner, Carolina Trautner, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/29327

Landtag unterstützt Bayerns Apotheken: Bund muss Rahmenbedingungen für eine weiterhin wohnortnahe Arzneimittelversorgung endlich verbessern

Der Landtag stellt fest, dass wohnortnahe Apotheken zentral wichtige, niedragschwellige, also leicht und rasch erreichbare Gesundheitsangebote bieten. Sie haben in den vergangenen Wochen, Monaten und Jahren, die von Lieferengpässen bei einer zunehmenden Zahl von Arzneimitteln, von Corona und auch von wachsenden Schwierigkeiten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden, geprägt waren, Großartiges für die Versorgung der Patientinnen und Patienten geleistet.

Diesen Einsatz würdigt der Landtag. Ebenso würdigt der Landtag den Einsatz der Staatsregierung zur Sicherstellung der Arzneimittelversorgung – Stichworte „Task force“ bzw. „Allgemeinverfügung“, um gegen Arzneimittelengpässe vorgehen zu können.

Der Landtag untermauert seinen Beschluss auf Drs. 18/28924 und steht an der Seite der Apothekerinnen und Apotheker. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin mit Nachdruck für eine Verbesserung der Erlössituation der Vor-Ort-Apotheken einzusetzen. Insbesondere soll die Staatsregierung darauf hinwirken, dass der Bund die durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV = Gesetzliche Krankenversicherungen) eingeführten Sparmaßnahmen zulasten der Menschen rückgängig macht und Leistungen der inhabergeführten öffentlichen Apotheken angemessen und gerecht honoriert werden.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass weitere Schritte unternommen werden, um die Produktion – zumindest lebenswichtiger – Arzneimittel und ihrer Wirkstoffe zu ganz wesentlichen Teilen wieder ins (europäische) Inland zurückzuverlagern (vgl. auch Drs. 18/7479).

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident